

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a.
und Fraktion (CSU)**

**Entschlossenheit und Verbundenheit im Kampf gegen Rassismus,
Extremismus und Antisemitismus (Drs. 18/8333)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Markus Rinderspacher das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Der gewaltsame Tod von George Floyd Ende Mai in Minneapolis hat weltweit unzählige Menschen tief bewegt, Schmerz, Wut, Trauer und Proteste von Hunderttausenden Menschen für die Rechte von Schwarzen ausgelöst. Auch in Bayern sind unter anderem in München, Nürnberg und Augsburg Zehntausende auf die Straßen gegangen. Diese Menschen zeigen Haltung. Sie positionieren sich, weil sie Rassismus überwinden wollen.

Unser SPD-Dringlichkeitsantrag greift die berechtigten Anliegen der Bewegung "Black Lives Matter" und unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger afrikanischer Abstammung in Bayern auf. "Black Lives Matter" ist uns Auftrag zur Selbstreflexion in Bayern und Anlass, den Betroffenen zuzuhören, vielleicht besser als bisher.

(Beifall)

Bei meinen Recherchen ist mir aufgefallen, dass sich der Bayerische Landtag in den letzten Legislaturperioden mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen spezifisch beschäftigt hat, die Diskriminierungen ausgesetzt sind, nicht jedoch mit den Afro-Europäern in unserem Land. Dieses Versäumnis wollen wir heute nachholen. Deshalb widmen wir unsere kostbare Beratungszeit unseren schwarzen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Bayern und ihrer Lebenssituation.

Wenn heute in unserem Dringlichkeitsantrag von "Menschen afrikanischer Abstammung" oder von "Schwarzen" die Rede ist, so sind dies die politisch korrekten Formulierungen, die ich auch in meiner Rede verwenden möchte. Diese Formulierungen sind in den Resolutionen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union sowie im parlamentarischen Sprachgebrauch des Deutschen Bundestages und anderer Landesparlamente gebräuchlich und von den betroffenen Verbänden im deutschsprachigen Raum als Eigenbezeichnungen so gewollt.

Afrophobie und rassistische Diskriminierung von Menschen afrikanischer Abstammung sind in Deutschland Alltag. Das hat eine Expertinnen- und Expertengruppe der Vereinten Nationen festgestellt, die die Situation von Schwarzen in unserem Land untersucht hat. Ich weiß nicht, wie es Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht. Aber aus meiner persönlichen Lebenserfahrung überrascht mich dieser erschreckende Befund nicht. Als ich im vergangenen Sommer auf dem Flüchtlingsrettungsschiff "Eleonore" der NGO "Mission Lifeline" im Mittelmeer mit anpackte und mehr als hundert Menschen aus dem Südsudan vor dem Ertrinkungstod gerettet werden konnten, erreichte mich ein regelrechter Hate Storm von ungezügelter Rassismus. Innerhalb von 48 Stunden sah ich mich gezwungen, mehr als tausend Hass-Tweets in meinen sozialen Netzwerken zu löschen und zu blockieren. Auch nach meinen Besuchen in bayerischen Flüchtlingsheimen erhielt ich afrophobische und rassistische Post. Ich werde in unserem Kollegium nicht der Einzige gewesen sein.

Diese Erfahrungen haben mich erschüttert. Man stellt sich die Frage: Wie muss es dann den Betroffenen selbst gehen, jenen Schwarzen, die in Regensburg, Nürnberg oder Augsburg auf Wohnungssuche sind, denen aber unverhohlene Ablehnung entgegenschlägt, jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern afrikanischer Herkunft in Würzburg, Rosenheim oder Coburg, deren Bewerbungen um einen Arbeitsplatz

trotz ausgezeichneter Zeugnisse ungesehen sofort auf dem Stapel der Absagen landen? Wie muss es unserem Bundestagskollegen Dr. Karamba Diaby gehen, dessen Bürgerbüro mit mehreren Schüssen Ziel eines offensichtlich rassistisch motivierten Anschlags wurde? Er selbst hat Morddrohungen erhalten.

Belästigungen, Benachteiligungen, Bedrohungen, Ausgrenzungen, verbale und tätliche Gewalt – afrophober Rassismus ist in Deutschland nicht auf bedauerliche Einzelfälle zu reduzieren. Afrophobe, rassistische Diskriminierung ist leider auch in der Mitte unserer Gesellschaft existent.

Das bestätigt auch eine Studie der European Union Agency for Fundamental Rights vom November 2019. In dieser Studie wurden 6.000 Afro-Europäer befragt. Das Ergebnis in Deutschland: Knapp jeder zweite Schwarze sah sich in den letzten fünf Jahren vor der Erhebung rassistisch motivierter Belästigung ausgesetzt. In der Analyse wird zweifelsfrei festgestellt, dass Diskriminierung von Schwarzen in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfindet, insbesondere auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich.

Wir begrüßen es, dass die Polizei in Bayern so ausgebildet ist, dass sie dem Antirassismus großes Augenmerk schenkt. Wir begrüßen es auch, dass die Allgemeine Politik-Empfehlung Nr. 11 der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz Berücksichtigung finden soll, wonach ethnisches Profiling als diskriminierend und unrechtmäßig gilt.

Im Konkreten erwarten wir von der Staatsregierung einen Bericht zur Umsetzung der "Internationalen Dekade für Menschen Afrikanischer Abstammung" in Bayern. Wir erwarten die Entwicklung geeigneter Antidiskriminierungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den Betroffenen selbst. Wir schlagen vor, die Kultur und Geschichte von Menschen afrikanischer Abstammung durch den Freistaat zu fördern.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Ende. Wir setzen mit unserem Antrag ein Zeichen für Menschenwürde, Toleranz und Vielfalt. Afrophobie und Rassismus gegen Schwarze gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und dürfen in Bayern keinen Platz haben. Wir verurteilen jegliche Form von Diskriminierung von Schwarzen in unserem Land. Der Freistaat muss sich seiner Verantwortung stellen, das Grundrecht seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen, rassismussfrei leben zu können. Wir sind mit schwarzen Menschen über den Moment hinaus solidarisch. Schwarze Menschen gestalten unsere bayerische Gesellschaft aktiv mit und verdienen dafür Respekt und Anerkennung.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön. – Entschuldigung, ich bitte noch einmal den Kollegen Rinderspacher zurück ans Pult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Christoph Maier.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Rinderspacher, Sie schreiben in Ihrem Antrag von "Menschen afrikanischer Abstammung". Es gibt in Afrika durchaus Länder mit unterschiedlichen Populationen. Was verstehen Sie unter "Menschen afrikanischer Abstammung"? – Ich möchte in diesem Zusammenhang auf Südafrika und auf Namibia sowie auf etliche andere Staaten verweisen, in denen durchaus andere Populationen vorherrschen als der "klassische Afrikaner", den Sie sich in diesem Antrag vorstellen.